

In guter Gesellschaft

Körperschaftsteuer. Im vergangenen Jahr mussten Kapitalgesellschaften in Deutschland effektiv knapp 30 Prozent ihrer Gewinne an den Fiskus abführen. Damit ist die Bundesrepublik zwar kein Niedrigsteuerland – aber international tätige Unternehmen werden auch nicht sonderlich abgeschreckt, sich hierzulande niederzulassen. 

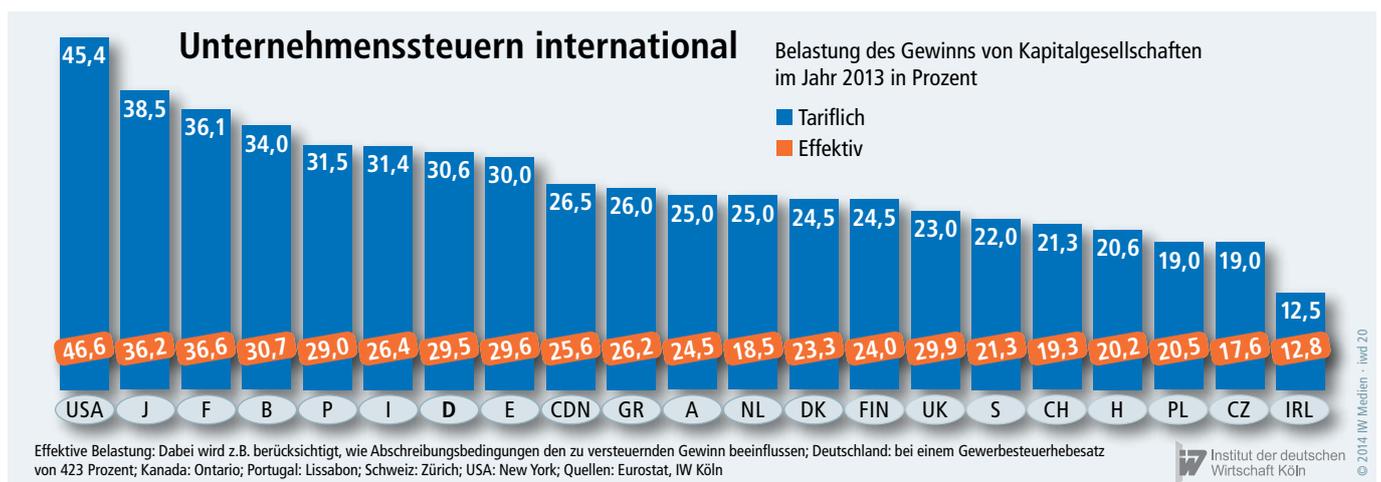
Im Jahr 2008, also unmittelbar vor Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, ist in Deutschland die Unternehmenssteuerreform in Kraft getreten. Erklärtes Ziel der damaligen Großen Koalition war es, die steuerlichen Standortbedingungen zu verbessern. Die tarifliche Gesamtbelastung der Gewinne von

Aktiengesellschaften – also Körperschaftsteuer plus Gewerbesteuer – sollte unter die Marke von 30 Prozent sinken. Im Jahr 2005 waren es noch knapp 39 Prozent.

Um die mit der Reform verbundenen Steuerausfälle zu begrenzen, wurde gleichzeitig eine umfangreiche Gegenfinanzierung beschlossen. Sie

reichte von der Abschaffung der degressiven Abschreibung bei Maschinen bis hin zur Zinsschranke. Degressiv heißt, dass am Beginn der Abschreibungsperiode ein größerer Anteil des Kaufpreises und danach immer weniger als Kosten geltend gemacht werden kann. Zinsschranke heißt, dass gezahlte Zinsen grundsätzlich nur noch bis zu 30 Prozent des Gewinns unmittelbar als Kosten steuerlich geltend gemacht werden dürfen.

Um das Reformergebnis vorwegzunehmen: Diesem Hü und Hott →



Inhalt

Forschungsausgaben. In den vergangenen Jahren sind die Forschungsausgaben in Deutschland merklich gestiegen – auf zuletzt fast 3 Prozent der Wirtschaftsleistung.
Seite 3

Immobilien. Ob es vorteilhafter ist, eine Immobilie zu mieten oder zu kaufen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln für alle Landkreise in Deutschland berechnet.
Seite 4-5

Europäisches Parlament. Die Abgeordneten haben inzwischen bei wichtigen Themen ein entscheidendes Wörtchen mitzureden – auch bei einer herausragenden Personalie.
Seite 6-7

Berufsausbildungsvorbereitung. Als besonders erfolgreich haben sich jene qualifizierenden Maßnahmen erwiesen, die überwiegend im Unternehmen stattfinden.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ zum Trotz hat sich die Situation für die als Kapitalgesellschaften firmierenden Unternehmen spürbar verbessert:

Tarifliche Belastungen. Der Körperschaftssteuersatz ist im Jahr 2008 von 25 auf 15 Prozent gesenkt worden. Zusammen mit der Gewerbesteuer beträgt deshalb die tarifliche Belastung des Gewinns einer Kapitalgesellschaft heute lediglich noch 30,6 Prozent (Grafik Seite 1).

Damit rangiert Deutschland international gesehen im oberen Mittelfeld. Wichtige Wettbewerber wie die USA, Japan und Frankreich besteuern ihre Unternehmen höher. Andere wiederum – zum Beispiel Großbritannien und die Niederlande – greifen ihren Unternehmen längst nicht so tief in die Tasche.

Effektive Belastung. Die Tarife sind allerdings nur die eine Seite der Medaille. Die andere besteht aus den Vorschriften zur Gewinnermittlung. Dazu gehören vor allem die Abschreibungsbedingungen und die Vorschriften zur Bewertung der Vorräte – etwa von Erzen, die für die Produktion gebunkert werden.

Ein hoher tariflicher Steuersatz kann unter anderem dadurch reduziert werden, dass eine Anlage schneller abgeschrieben werden darf, als sie sich abnutzt. Das gilt zum Beispiel für Belgiens Kapitalgesellschaften, die deshalb in puncto Ertragsbesteuerung letztlich nicht mehr so schlecht abschneiden, wie es auf dem Papier hinsichtlich der Steuertarife aussieht. Ähnliches gilt für die Niederlande. Umgekehrt hat Großbritannien zwar einen recht niedrigen Tarif, aber ungünstige Regeln zur Ermittlung des zu versteuernden Gewinns, was das Land in der Rangliste der tatsächlichen Steuerbelastung nach oben katapultiert.



+ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nach

Nachgefragt bei Ralph Brügelmann, Experte für Finanz- und Steuerpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wenn andere Länder ihre Körperschaftsteuertarife senken, muss Deutschland nachziehen, sagen Sie. Wäre das für den Finanzminister verkraftbar?

Jede Steuersenkung kostet Geld. Aber ein Rückgang des Wirtschaftswachstums kostet den Staat am Ende wesentlich mehr, denn dann verlieren die Einnahmen aus allen Steuerarten an Dynamik. Gegenwärtig kostet eine Körperschaftssteuersenkung um 1 Prozentpunkt einschließlich Solidaritätszuschlag rund 2 Milliarden Euro. Das scheint verkraftbar, weil die jüngste Steuerschätzung allein für dieses Jahr knapp 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen

prognostiziert, bis 2018 werden die Einnahmen von heute 640 Milliarden Euro auf annähernd 740 Milliarden Euro steigen. Sie haben in Ihrer Untersuchung nur die Unternehmensseite berücksichtigt. Aber es gibt auch noch die Anteilseigner, die auf den ausgeschütteten Gewinn ebenfalls Steuern zahlen. Kommt man dann nicht schnell zu Steuersätzen von 50 Prozent und mehr?

In der Tat. Die tarifliche Gesamtbelastung ausgeschütteter Gewinne beträgt bei dem von uns unterstellten Gewerbesteuererhebesatz 49 Prozent. Dies ist mehr als der Reichensteuer-Spitzensatz der Einkommenssteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag.

In Deutschland sorgen die Abschreibungsrichtlinien immerhin dafür, dass die tatsächliche Belastung etwas geringer ist als die tarifliche – und dass das Ziel, die 30-Prozent-Marke zu unterschreiten, erreicht wird:

Der effektive Durchschnittssteuersatz liegt mit 29,5 Prozent um rund einen Prozentpunkt unter der Tarifbelastung.

Deutschland ist damit zwar kein Niedrigsteuerland, international tätige Unternehmen werden bei ihrer Standortentscheidung aber auch nicht massiv abgeschreckt. Denn wichtige europäische Konkurrenten weisen ein ähnliches oder sogar leicht höheres Steuerniveau auf – zum Beispiel Spanien, das Vereinigte Königreich und Frankreich.

Trotzdem könnte in Deutschland über kurz oder lang eine Tarifsenkung notwendig werden – denn die Konkurrenz schläft nicht:

• **In Frankreich** hat der neue Premierminister Manuel Valls angekün-

digt, den Körperschaftssteuersatz bis 2020 auf 28 Prozent zu senken. Weil Paris bisher erhobene Zusatzbelastungen ebenfalls abschaffen will, hätten Kapitalgesellschaften in Frankreich unter dem Strich einen Wettbewerbsvorteil.

• **In Spanien** beabsichtigt Ministerpräsident Mariano Rajoy, den Körperschaftssteuersatz auf 20 Prozent zu senken.

Sollten diese Ankündigungen zu einem allgemeinen Trend in Europa werden, müsste Deutschland nachziehen. Steuerausfälle wären aber insofern verkraftbar, als die jüngste Steuerschätzung ein Allzeithoch bei den Unternehmenssteuern vorher sagt (Interview).



aus IW-Trends
2/2014

Ralph Brügelmann: Unternehmensbesteuerung im Gefolge der Finanzmarktkrise

iwkoeln.de/unternehmensbesteuerung

Da geht noch was

Forschungsausgaben. Sparsame Verbrennungsmotoren, neue Medikamente oder nachhaltige Rohstofftechnologien – die Forscher in Deutschland haben viel vor. Außer Ideen brauchen sie dafür auch Geld: Gut, dass in den vergangenen Jahren die Forschungsausgaben deutlich gestiegen sind.

Eigentlich hätte Deutschland noch reichlich Zeit gehabt: Bis zum Jahr 2020 sollen die Forschungsausgaben auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angehoben werden – das ist die Zielmarke, auf die sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Rahmen ihrer Wachstumsstrategie im Jahr 2000 verständigt haben. Die Bundesrepublik hat diese Vorgabe bereits erfüllt (Grafik):

Der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt betrug schon 2012 fast 3 Prozent.

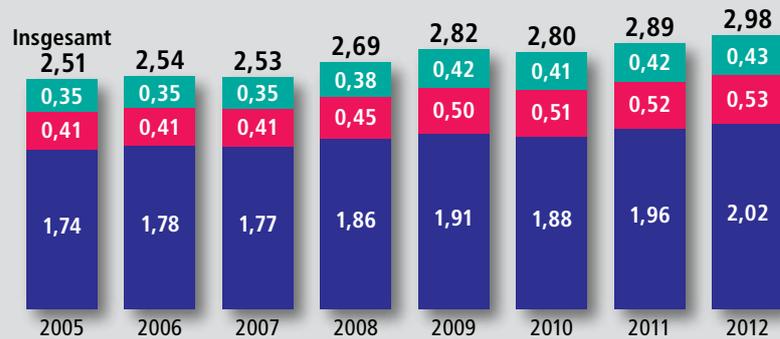
Das ist eine gute Nachricht, denn lange Zeit bewegte sich bei den finanziellen Ressourcen für die Forschung und Entwicklung relativ wenig. Bis 2005 lag der Anteil der Forschungsausgaben am deutschen BIP nahezu unverändert bei 2,5 Prozent, erst seitdem gibt es nennenswerte Steigerungen.

Als Wirtschaftslokomotive der EU wäre Deutschland mit seiner innovativen und exportstarken Industrie jedoch durchaus gut beraten, sich anspruchsvollere Ziele zu setzen; Südkorea zum Beispiel investiert 4 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die Forschung und Entwicklung (FuE). Um das Volumen der deutschen Forschungsausgaben weiter anzukurbeln, wäre die Ein-

Forschung: Mehr Gewicht, mehr Geld

Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in Prozent

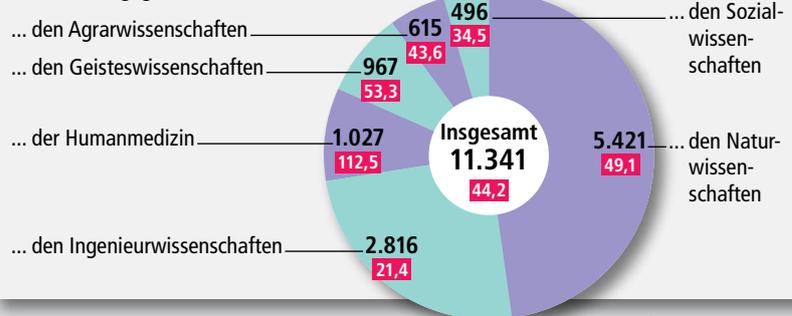
■ in der Wirtschaft ■ an den Hochschulen ■ in der außeruniversitären Forschung



Außeruniversitäre Forschungsausgaben in Zahlen

So viele Millionen Euro betragen die außeruniversitären Forschungsausgaben 2012 in ...

■ Zunahme gegenüber 2005 in Prozent



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwv 20

führung einer steuerlichen FuE-Förderung sinnvoll.

In absoluten Zahlen sieht die deutsche Bilanz so aus:

Im Jahr 2005 flossen 56 Milliarden Euro in die Forschung, 2012 waren es mehr als 79 Milliarden Euro.

Das meiste Geld bringt die Wirtschaft auf. Sie gab 2012 fast 54 Milliarden Euro für die Forschung aus, das entsprach rund 2 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung.

Ihre Etats deutlich aufgestockt haben auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Hochschulen. In Euro ausgedrückt heißt das, dass die Hochschulen inzwischen rund 14 Milliarden Euro investieren und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die maßgeblich zum internationalen Ruf der deutschen Forschung beitragen, rund 11 Milliarden Euro.

Gemessen an den Ausgaben sind die Helmholtz-Zentren die größten außeruniversitären Forschungsstätten: Die bundesweit 18 Institute, die sich auf natur-, ingenieurwissenschaftliche und medizinische Forschung konzentrieren, gaben 2012 insgesamt 3,8 Milliarden Euro aus. Die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft kamen auf 1,9 Milliarden Euro, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft auf 1,7 Milliarden Euro und die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft auf 1,2 Milliarden Euro.

Legt man die Nobelpreise für Naturwissenschaften zugrunde, zählen die Max-Planck-Institute zu den weltweit erfolgreichsten Forschungseinrichtungen: Seit 1948 sind insgesamt 17 Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden.

Mietest du noch – oder kaufst du schon?

Immobilien. Was ist günstiger: zur Miete zu wohnen oder sich eigene vier Wände zu kaufen? Die Antwort auf diese für viele Konsumenten schwierige Frage hängt vor allem davon ab, in welcher Stadt und Region man leben möchte. Welche Wohnform die vorteilhaftere ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln für alle Landkreise in Deutschland berechnet. [1](#)

Der Immobilienmarkt in Deutschland hat sich in den vergangenen fünf Jahren deutlich verändert: Besonders in den Großstädten sind die Mieten und Kaufpreise stark gestiegen, gleichzeitig war es noch nie so günstig, eine Immobilie zu finanzieren – dank der seit geraumer Zeit niedrigen Hypothekenzinsen. Daher ist es für immer mehr Menschen attraktiver, ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen als zur Miete zu wohnen:

Während 2008 noch 43 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden wohnten, waren es zwei Jahre später bereits knapp 46 Prozent.

Dieser Trend zum Eigenheim ist vor allem in Ostdeutschland zu beobachten, aber auch zunehmend in den alten Ländern.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat auf Basis dieser Entwicklung einmal genauer auf den Immobilienmarkt geschaut und untersucht, wo in Deutschland es sich

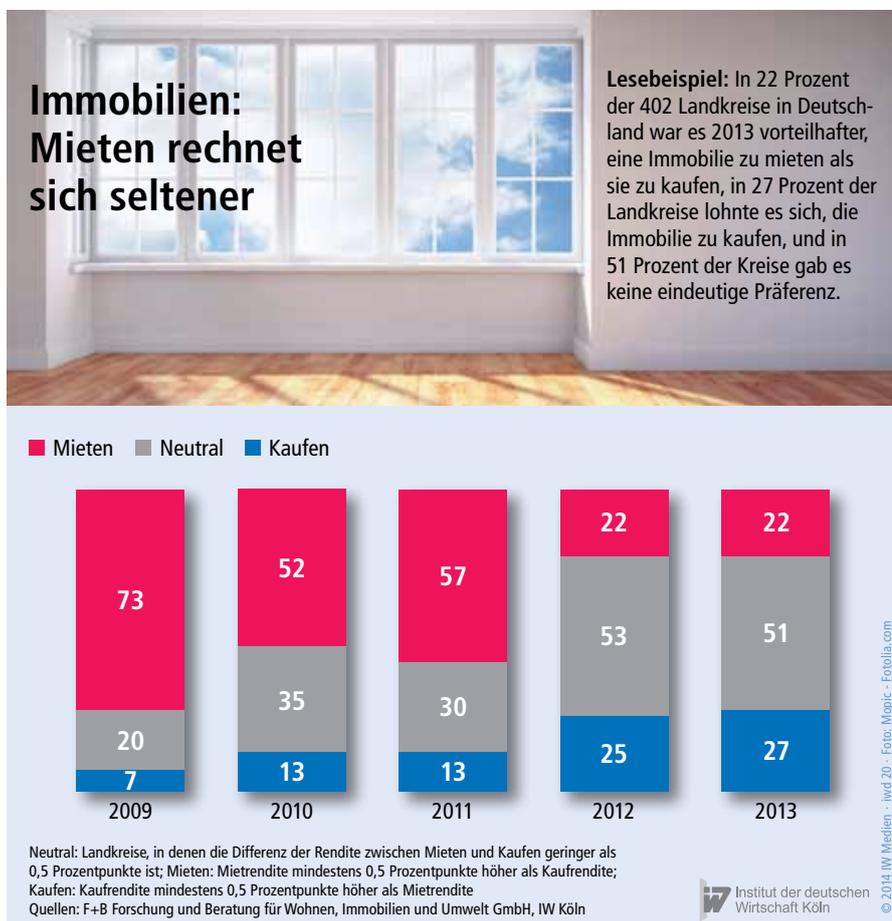
ökonomisch gesehen lohnt, Eigentum zu erwerben, und wo es vorteilhafter ist zu mieten. Dazu haben die IW-Forscher die Daten aller 402 deutschen Landkreise für die vergangenen fünf Jahre analysiert und die Miet- und die Kaufrendite miteinander verglichen (Kasten Seite 5). Das Ergebnis (Grafik):

Im Jahr 2009 war das Kaufen lediglich in 7 Prozent der Landkreise in Deutschland die attraktivere Wohnform, 2013 traf dies bereits auf 27 Prozent zu.

Insbesondere im Osten Deutschlands lohnt sich eine selbst genutzte Immobilie (Grafik Seite 5). Dort war es im Jahr 2013 in keinem einzigen Landkreis attraktiver, nicht in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Aber auch in einigen Landkreisen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ist der Erwerb einer Immobilie vorteilhafter.

In Bayern und in Teilen von Baden-Württemberg dagegen sollte man – ökonomisch betrachtet – eher mieten als kaufen. Und auch in den Großstädten wie München oder Hamburg rechnet sich aufgrund der in jüngster Vergangenheit rasant gestiegenen Kaufpreise nach wie vor eher das Mieten.

Im Großteil der Bundesrepublik gab es im vergangenen Jahr jedoch keine eindeutige Präferenz – die finanziellen Vorteile des Mietens oder Kaufens hielten sich hier ungefähr die Waage. Das heißt, die Renditeunterschiede beliefen sich auf weniger als 0,5 Prozentpunkte. In diesen Landkreisen ist die Miet- oder Kaufentscheidung wirtschaftlich gesehen



neutral – hier sind individuelle Faktoren wie Lage und Zuschnitt der Immobilie wichtiger.

Die höhere Attraktivität des Kaufens in vielen Regionen, die erschwinglichen Finanzierungsmöglichkeiten für Immobilien und der Mangel an Anlagealternativen für das Ersparte werden die Quote an Wohneigentum in Deutschland weiter steigen lassen. Sollte die Niedrigzinsphase noch lange andauern, könnte sich dies auch auf das bisher ausgewogene Verhältnis von Miet- und Eigentumsmarkt in Deutschland auswirken, das für viele Nachbarn in Europa als Vorbild dient.



aus IW-Trends 2/2014

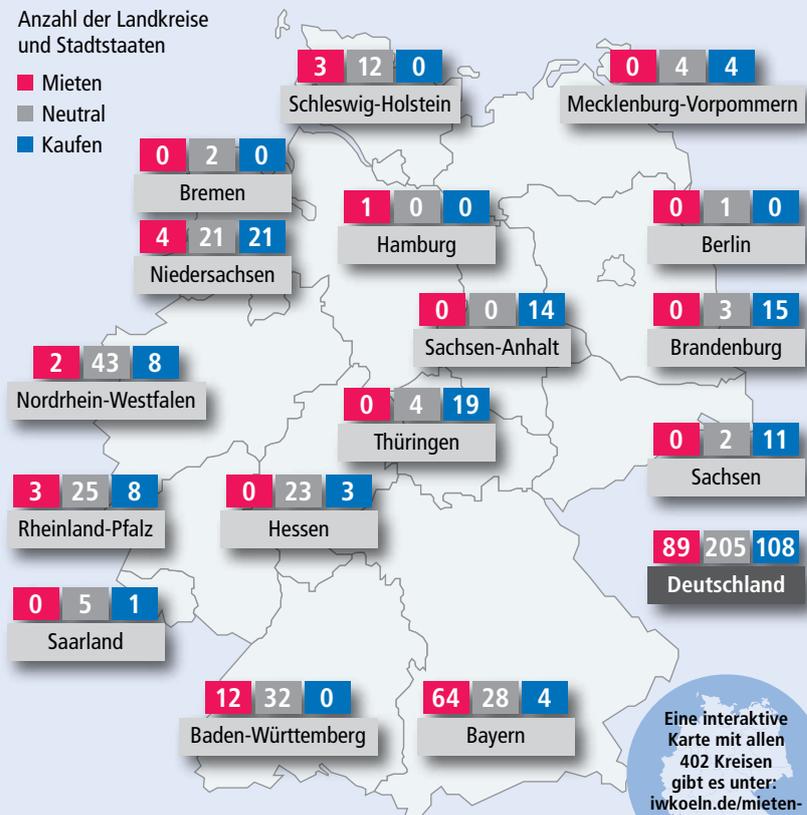
Michael Schier, Michael Voigtländer:
Mieten oder Kaufen –
Eine Analyse für die deutschen Kreise
iwkoeln.de/mieten-oder-kaufen
samt interaktiver Karte

Immobilien: Im Osten lohnt Kaufen

Lesbeispiel: In keinem Landkreis in Thüringen war es 2013 vorteilhafter, eine Immobilie zu mieten als sie zu kaufen, in 19 Kreisen lohnte es sich, die Immobilie zu kaufen, und in 4 Kreisen gab es keine eindeutige Präferenz.

Anzahl der Landkreise und Stadtstaaten

- Mieten
- Neutral
- Kaufen



Neutral: Landkreise, in denen die Differenz der Rendite zwischen Mieten und Kaufen geringer als 0,5 Prozentpunkte ist; Mieten: Mietrendite mindestens 0,5 Prozentpunkte höher als Kaufrendite; Kaufen: Kaufrendite mindestens 0,5 Prozentpunkte höher als Mietrendite
Quellen: F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH, IW Köln

Eine interaktive Karte mit allen 402 Kreisen gibt es unter: iwkoeln.de/mieten-oder-kaufen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Mieten - Iwd 20

Wie gerechnet wurde

Um zu ihren Aussagen über die ökonomischen Vorteile des Kaufens oder Mietens zu gelangen, mussten die IW-Wissenschaftler einen rechnerischen Umweg gehen. Zunächst haben sie ermittelt, was sich für einen privaten oder gewerblichen Investor mehr lohnt – eine Immobilie selbst zu nutzen oder sie zu vermieten:

- Bei der Selbstnutzung berechnet sich die Rendite im Wesentlichen aus der Differenz von gesparter Miete im Verhältnis zum Kaufpreis plus Zinszahlungen für aufgenommene Kredite, Eigenkapital- und Instandhaltungskosten. Steuerliche Faktoren spielen hier keine Rolle.
- Bei der Vermietung ist die Berechnung der Rendite hingegen komplizierter, denn dabei sind steuerliche Aspekte zu berücksichtigen. So muss der Vermieter die Mieteinnahmen versteuern. Im Gegenzug kann er allerdings auch Kosten steuerlich geltend machen, beispielsweise Instandhaltungskosten, gezahlte Zinsen sowie Abschreibungen auf das Gebäude beziehungsweise die Wohnung.

Die ökonomische Entscheidung für den Investor ist dann einfach: Die Selbstnutzung ist besser, wenn die gesparten Mieten höher sind als die Kosten der Nutzung. Sind die Kosten der Eigennutzung dagegen höher als die Mieten, ist es günstiger, sein Eigentum zu vermieten.

Unter plausiblen Annahmen lässt sich diese Fragestellung nun auf die Situation eines Verbrauchers übertragen, der vor der Entscheidung steht, Eigentum zu kaufen oder zur Miete zu wohnen. Denn bei einem funktionierenden Wohnungsmarkt mit hinreichendem Wettbewerb sind Vermieter gezwungen, ihre steuerlichen Vorteile in Form von niedrigeren Mieten an die Mieter weiterzugeben. Insofern kann das Kalkül „selbst nutzen oder vermieten“ mit dem Kalkül „kaufen oder mieten“ gleichgesetzt werden.

Die Bürger reden mit

Europäisches Parlament. Vom 22. bis zum 25. Mai wählen die Bürger der inzwischen 28 EU-Staaten zum achten Mal das Europäische Parlament. Bei der vergangenen Wahl war die Beteiligung ziemlich mau. Dabei haben die in Brüssel und Straßburg tagenden Parlamentarier inzwischen bei wichtigen Themen ein entscheidendes Wörtchen mitzureden – auch bei einer herausragenden Personalie.

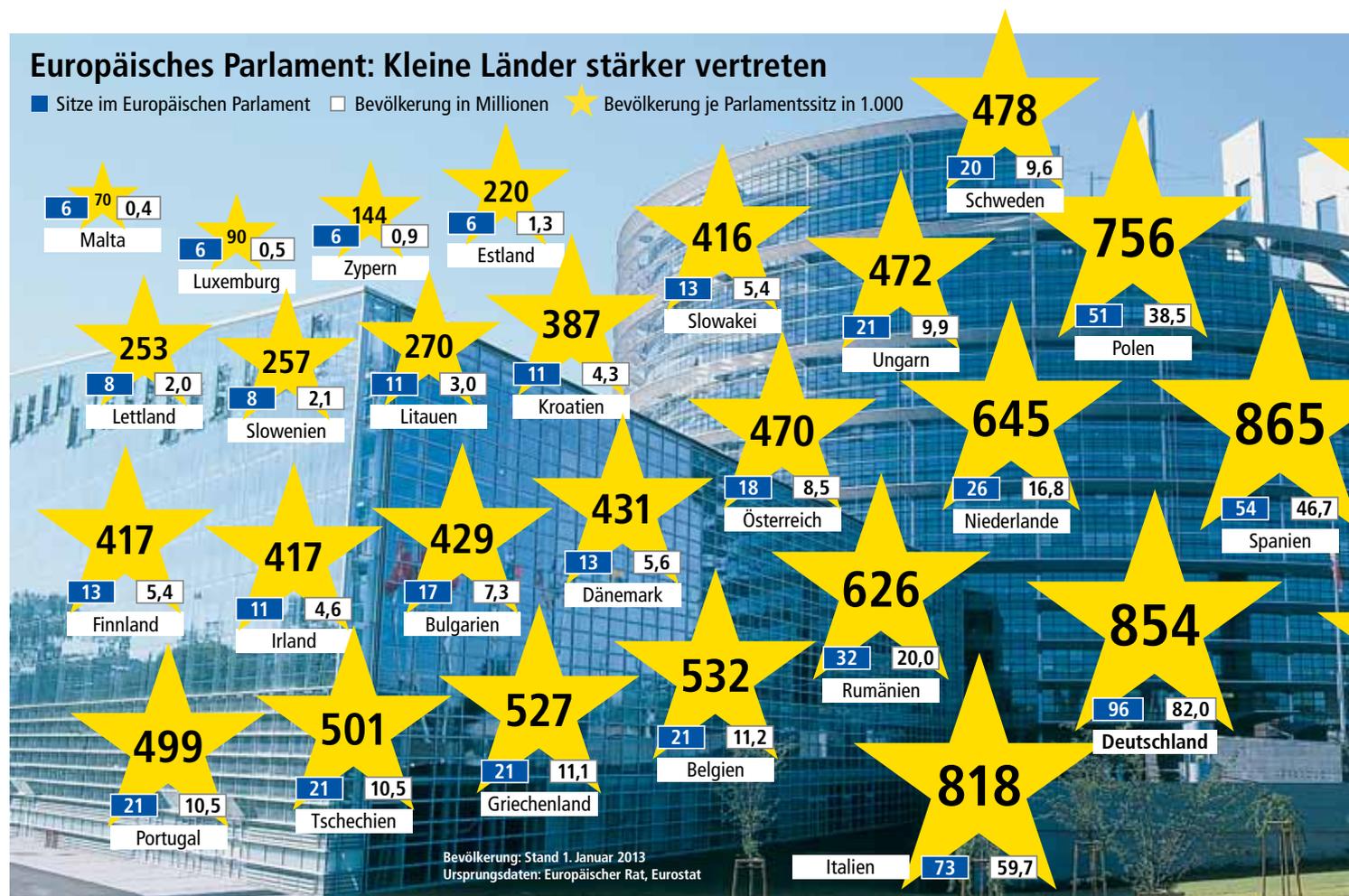
Jean-Claude Juncker und Martin Schulz – im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament tauchen zwei Gesichter besonders häufig in den Medien auf. Das hat durchaus seinen Grund: Zum ersten Mal könnten die rund 400 Millionen Wahlberechtigten beim Urnengang indirekt auch über den künftigen Präsidenten der EU-Kommission entscheiden.

Grundlage hierfür ist der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon. Zwar schlägt demnach weiterhin der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs den künftigen Kommissionspräsidenten vor, der dann der Zustimmung der EU-Parlamentsmehrheit bedarf. Neu ist aber, dass der Rat bei seinem Vorschlag das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigen soll. Ob sich

die Staats- und Regierungschefs daran halten, bleibt zwar abzuwarten, die Forderung der Parlamentsabgeordneten ist jedoch klar:

Bei der Wahl für das Amt des Kommissionspräsidenten soll als Erstes über jenen Kandidaten abgestimmt werden, der von der Partei mit den meisten Sitzen im Europäischen Parlament unterstützt wird.

Entsprechend stark bewerben die europäischen Parteien (Kasten) ihre Spitzenkandidaten. So hat die Europäische Volkspartei (EVP), die derzeit die größte Parlamentsfraktion stellt, den früheren luxemburgischen Premier Jean-Claude Juncker nominiert. Die europäischen Sozialdemo-



kraten (PES) schicken den aktuellen Präsidenten des Europäischen Parlaments ins Rennen, den Deutschen Martin Schulz.

Diese Personifizierung soll auch das Interesse der Europäer an der Wahl steigern. Und das ist bitter nötig, denn an der vergangenen Abstimmung im Jahr 2009 haben sich europaweit nur 43 Prozent der Bürger beteiligt. Bei der ersten Direktwahl 1979 hatten noch 62 Prozent der Stimmberechtigten ihr Kreuzchen gemacht.

Dabei hat das Europäische Parlament inzwischen nicht nur in Sachen europäisches Führungspersonal mehr zu sagen. Auch inhaltlich ist

Europäische Parteien

Um als „politische Partei auf europäischer Ebene“ gemäß EU-Vertrag anerkannt zu werden, muss eine Organisation unter anderem in mindestens einem Viertel der EU-Länder mit Abgeordneten zum Europäischen Parlament oder zu den nationalen Parlamenten vertreten sein. Unter diesen Voraussetzungen können die Parteien auf Antrag auch Geld aus Brüssel – sogenannte Betriebskostenzuschüsse – bekommen. Im Haushaltsjahr 2014 stehen dafür EU-weit knapp 28 Millionen Euro zur Verfügung, wobei die Verteilung des Geldes sich vor allem nach der Stärke der Parteien im EU-Parlament richtet.

der Einfluss durch den Vertrag von Lissabon erneut gewachsen:

Statt in zuvor 45 Bereichen können seit 2009 in 85 Bereichen Beschlüsse, Richtlinien und Verordnungen der EU nur dann in Kraft treten, wenn auch das Europäische Parlament zustimmt.

Dieses sogenannte ordentliche Gesetzgebungsverfahren ist etwa bei Regelungen anzuwenden, die den Binnenmarkt, den Verbraucherschutz, die Umweltpolitik sowie Teile der Energie- und der Sozialpo-

litik betreffen. Auch in der Handelspolitik kann das Parlament jetzt mitentscheiden – zum Beispiel über das zwischen der EU und den USA diskutierte Freihandelsabkommen.

Da es im Europäischen Parlament keine Regierung und Opposition gibt, wird es wohl auch künftig je nach Abstimmungsthema wechselnde Koalitionen geben. Allerdings ist innerhalb der meisten Fraktionen der Zusammenhalt groß – in den vergangenen Jahren stimmten jeweils mehr als 90 Prozent der Grünen, der Christdemokraten und der Sozialdemokraten geschlossen ab (rechte Grafik).

Im künftigen Europäischen Parlament werden 751 Abgeordnete die Interessen der EU-Bürger vertreten. Dabei folgt die Verteilung der Sitze auf die Mitgliedsstaaten dem Prinzip der „degressiven Proportionalität“. Demzufolge sind kleine Länder deutlich stärker repräsentiert als große (linke Grafik):

Während 1 Abgeordneter aus Malta 70.000 seiner Landsleute vertritt, steht jeder einzelne Parlamentarier aus Deutschland für 854.000 seiner Landsleute.

Dieses Ungleichgewicht hat jedoch einen Grund. Wäre die Relation von Abgeordneten zur Bevölkerung für alle Länder gleich, könnte entweder das Parlament aufgrund seiner Größe nicht mehr effizient arbeiten – oder kleine Mitgliedsstaaten wären kaum mehr vertreten.

Fraktionen votieren meist geschlossen

So viel Prozent der jeweiligen Fraktionsmitglieder im Europäischen Parlament haben im Zeitraum 2009 bis 2013 gleich abgestimmt – also z.B. einem Gesetzesvorschlag zugestimmt oder ihn abgelehnt

		Deutsche Parteien	Fraktionsmitglieder
Fraktion der Grünen/ Europäische Freie Allianz	Grüne/EFA	Bündnis 90/ Die Grünen	 95 58
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP	CDU/CSU	 93 274
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im EP	S&D	SPD	 92 195
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	ALDE	FDP	 89 83
Fraktion Europäische Konservative und Reformisten	ECR	–	 87 57
Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Liste	GUE/NGL	Die Linke	 79 35
Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“	EFD	–	 49 31
Fraktionslos			k.A. 33
Insgesamt			766

Fraktionsmitglieder: Stand April 2014
Quellen: Europäisches Parlament, Intereconomics, VoteWatch Europe

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwvd 20



 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Mit Praxis punkten

Berufsausbildungsvorbereitung. Jedes Jahr starten Tausende von Schulabgängern in eine berufsvorbereitende Maßnahme. Als besonders erfolgreich haben sich jene Qualifikationen erwiesen, die zu einem großen Teil im Unternehmen stattfinden.

Es ist paradox: Obwohl seit mehreren Jahren viele Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, finden einige Jugendliche keine Lehrstelle. Gleichwohl gibt es dafür Gründe: Manche Jugendliche haben keinen Schulabschluss, anderen mangelt es an Ausbildungsreife oder Sprachkenntnissen. Und manchmal passen Angebot und Nachfrage auch einfach nicht zueinander: Was nutzt einem technikbegeisterten Schulabsolventen aus Bayern ein Ausbildungsplatz als Restaurantfachmann in Mecklenburg-Vorpommern?

Um Schulabgängern mit Defiziten dennoch einen Start in einen anerkannten Ausbildungsberuf zu er-

möglichen, gibt es berufsvorbereitende Maßnahmen. Aufgrund des hohen Lehrstellenangebots und der rückläufigen Zahl an Hauptschulabsolventen nehmen mittlerweile jedoch deutlich weniger junge Leute an solchen Berufsausbildungsvorbereitungen teil als noch vor einigen Jahren (Grafik):

Im Jahr 2013 befanden sich knapp 260.000 Jugendliche in einer Übergangsmaßnahme, 2005 waren es noch 420.000.

Zur Berufsvorbereitung stehen den jungen Frauen und Männern gleich mehrere Wege offen. Die bekanntesten:

Im **Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)** geht es darum, den Teilnehmern eine berufliche Grundbildung zu vermitteln. Das BVJ findet überwiegend an Berufsschulen statt, beinhaltet aber auch unterschiedlich lange Praktika in einem Unternehmen.

Das **Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)** sowie die **berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BVB)** dauern ebenfalls ein Jahr und vereinen schulische und betriebliche Elemente, die zum Teil umfangreiche Praxisphasen für die Jugendlichen vorsehen.

Einstiegsqualifizierungen (EQ) finden dagegen vorrangig im Unternehmen statt. EQ dauern zwischen sechs und zwölf Monate und bauen

Berufsvorbereitung: Weniger Teilnehmer

So viele Jugendliche in Deutschland nahmen nach dem Schulbesuch an einer berufsvorbereitenden Maßnahme teil



Einschließlich der Schüler an Berufsfachschulen sowie der Pflichtpraktikanten vor der Erzieherausbildung

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwD 20

eine Brücke in ein Ausbildungsverhältnis:

Zwischen 60 und 80 Prozent der EQ-Teilnehmer erhalten im Anschluss einen Ausbildungsvertrag.

Einstiegsqualifizierungen und Berufsgrundbildungsjahre können sogar oftmals als erstes Ausbildungsjahr angerechnet werden. Umso bedauerlicher ist es deshalb, dass ausgerechnet die Teilnehmerzahlen an diesen Berufsvorbereitungen in den vergangenen Jahren stärker gesunken sind als jene an rein schulischen Programmen.

Weitere Informationen und Handlungsanleitungen zur betrieblichen Berufsvorbereitung gibt es unter: fachkraeftesichern.de

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.